



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Europa auf dem Prüfstand: Solidarität statt nationaler Alleingänge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einem freien, solidarischen und sozialen Europa. Dieses Europa muss für Frieden und Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Freiheit von Kunst und Kultur stehen. Für diese Werte einzustehen, ist Aufgabe aller Europäerinnen und Europäer. Dies gilt vor allem für die Mitglieder der Europäischen Union genauso wie für die Staaten, die ihr angehören wollen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist in Sorge, dass diese Werte ihren Stellenwert verlieren, europäische Grundrechte in Gefahr sind und am Ende gar die europäische Gemeinschaft auseinander zu brechen droht. Europa kann sich nur entwickeln, wenn nationale Egoismen zurückstehen.

Aus Sicht des Schleswig-Holsteinischen Landtags sind die Lösungen folgender Herausforderungen unumgänglich:

Soziales Europa

Europas Zusammenhalt und seine Zukunftsfähigkeit hängen davon ab, dass es seinen Mitgliedstaaten und Regionen besser als bisher gelingt, wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Dazu gehören gerechte Löhne, die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie die Anerkennung erworbener Sozialversicherungsansprüche und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Europa muss mehr sein als ausschließlich Währungsunion und Binnenmarkt. Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft, in der Rechtsstaatlichkeit und demokratische Standards gelten.

Freizügigkeit sichern

Die europäisch vereinbarte Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung. Dieser Wert ist für die Bevölkerung wie auch für die Wirtschaft erfahrbar. Im Schengen-Raum müssen die Grenzen offen bleiben.

Der Erhalt von Europas Freizügigkeiten erfordert die Verlagerung von Grenzkontrollen an die gemeinschaftlichen EU-Außengrenzen, jedoch keine Abschottung. Die Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen ist eine gemeinschaftliche Aufgabe. Die gemeinsam getragene Grenzschutzagentur ist unter konsequente parlamentarische Kontrolle zu stellen.

Nicht zuletzt aufgrund terroristischer Bedrohungen müssen nationale Alleingänge mehr denn je ein Ende haben. Dazu bedarf es einer stärkeren Zusammenarbeit der Behörden, die mit der Terrorbekämpfung befasst sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist entsetzt über die Terroranschläge in Brüssel vom 22. März 2016 und er bekundet den Familien und Angehörigen der Opfer sein Beileid und tiefes Mitgefühl.

Demokratische Prozesse in der EU

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet, dass das Europäische Parlament zu dem zentralen Ort wird, an dem die Zukunft der gesamten EU-Politik diskutiert und entschieden wird. Dazu braucht das Europäische Parlament weitreichende Initiative-rechte und mehr demokratische Mitentscheidungsbefugnisse auch im Rahmen der Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik. Die europäischen Verträge werden weiterentwickelt werden müssen, dafür kann ein neuer europäischer Konvent erforderlich sein.

Flüchtlings- und Asylpolitik

Der Landtag stellt fest, dass wichtige Reformschritte für eine gemeinsame und solidarische Asyl- und Zuwanderungspolitik der EU dringend erforderlich sind. Mittelfristig benötigt die EU ein einheitliches europäisches Asylrecht, das gemeinsam umgesetzt werden muss.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 06.04.2016 sind ein erster Schritt. Eine Vereinheitlichung des europäischen Asylrechts darf nicht die Absenkung der Standards bedeuten und das individuelle Recht auf Asyl nicht einschränken. Ferner sind eine Reform des Dublin-Systems mit einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge, eine Einigung über gemeinsame Standards in Asylverfahren und bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen sowie die Schaffung legaler und sicherer Zugangsmöglichkeiten in die EU umzusetzen. Die Staaten an den EU Außengrenzen dürfen mit diesen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Dazu gehört auch gemeinsam für Sicherheit an dem Meer zu sorgen. Schutzsuchende Menschen dürfen nicht länger den Geschäftsinteressen von Schleusern ausgesetzt sein.

Europa wird auch zukünftig das Ziel großer Migrationsbewegungen bleiben. Die europäische Herausforderung ist daher konsequenter und erheblich umfassender als bisher die Fluchtursachen zu bekämpfen und gezielt Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW